

Der Irrtum des Deutschen Sozialismus

Autor(en): **Fernau, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **20 (1918)**

PDF erstellt am: **30.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749833>

Nutzungsbedingungen

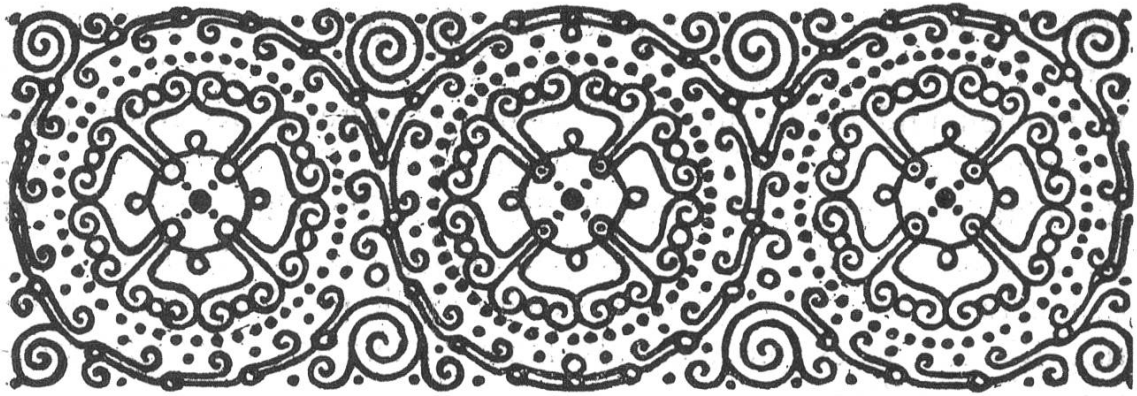
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



DER IRRTUM DES DEUTSCHEN SOZIALISMUS

Dass der Ausbruch des Weltkrieges dem internationalen Sozialismus einen schweren Schlag versetzt hat, darüber ist sich heute alle Welt klar. Bis zum 4. August 1914 hatten wir in der sozialistischen Idee ein letztes und kräftigstes Bollwerk gegen den Krieg gesehen. An diesem Tage aber brach unsere Hoffnung zusammen. Im Augenblick, wo es sich hätte zeigen sollen, ob und wie der moderne Sozialismus fähig sein werde, bestimmend und friedensstiftend in die Geschicke der Völker einzugreifen, übernahm er diskussionslos das bisher so scharf bekämpfte bürgerlich-nationale Programm und stimmte geschlossen für den Krieg. Dieses Schauspiel bot sich uns namentlich in Deutschland, das heißt also in jenem Lande, das offenbar in der Rolle des Angreifers war und dessen sozialistische Organisation die größten Hoffnungen erweckt hatte, weil sie die großartigste war.

Man suchte und fand eine Rechtfertigung für diese Haltung in der Behauptung, der vaterländische Staat sei angegriffen worden und es handle sich zunächst darum, diesen Angriff abzuwehren; denn a priori könne sich der Sozialismus nur im unabhängigen Nationalstaat entwickeln; werde dieser angegriffen, dann sei auch der Sozialismus, das heißt die Emanzipationsmöglichkeit des Arbeiters, in Gefahr.

Diese Rechtfertigung musste schon deshalb die schärfsten Kritiken herausfordern, weil eine eingehende Untersuchung der Schuld am Kriege ergeben hat, dass Deutschlands Regierung eben keinen

Verteidigungskrieg, sondern einen Angriffs- (oder was dasselbe ist, einen Präventiv-) krieg führte, dessen Verhinderung alle bisherigen nationalen und internationalen Sozialistenkongresse der roten Internationale zur obersten Pflicht gemacht hatten. Die deutsche Sozialdemokratie vergaß geflissentlich die objektive Untersuchung der Schuldfrage und die Beschlüsse jener Kongresse, und wir erlebten das merkwürdige Schauspiel, dass sich uns die geschworenen Feinde des Klassenstaates plötzlich als laute Verteidiger dieses Klassenstaates vorstellten.

Wie war das möglich? Wir finden eine Erklärung dafür, wenn wir einen Augenblick die „wissenschaftlichen“ Lehren des Marxismus betrachten, die den eigentlichen Kern des deutschen Sozialismus ausmachen.

Der Hauptprogrammpunkt des deutschen Sozialismus war *wirtschaftlicher* Art und hieß: Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Mit dieser Formel erklärte man alles; auf ihr beruht die gesamte Klassenkampftaktik der deutschen Arbeiterpartei. So wurde *auch* der Krieg als das notwendige Ergebnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hingestellt; er wurde folglich *nicht* als ein politisches, sondern als ein wirtschaftliches Übel behandelt: „Kämpfen wir gegen das größere Übel, beseitigen wir den Kapitalismus, dann verschwindet der Krieg von selbst!“ Dieses Argument konnte man in sozialistischen Kreisen überall dann hören, wenn von Rüstungen, Militarismus und Krieg gesprochen und die positive Mitarbeit der Sozialisten an ihrer Beseitigung gewünscht wurde. Wohl verweigerten die sozialdemokratischen Abgeordneten programmgemäß alle militärischen Forderungen, wohl veranstalteten sie bei passenden Gelegenheiten Protestkundgebungen gegen die zum Krieg hetzenden Faktoren. Aber von ihrem Dogma gingen sie deswegen nicht einen Zollbreit ab. Und damit dünkten sie sich unendlich weise und revolutionär.

Diese Auffassung und Taktik war aber in Wirklichkeit durchaus nicht revolutionär. Denn was haben wir erlebt? Die Regierenden Deutschlands gewöhnten sich an die antikapitalistischen Deklamationen der Sozialdemokraten. Sie ließen gewähren, denn sie überzeugten sich bald, dass ihre *politische Macht* dabei keine Gefahr lief. Die preußischen Junker wussten oder fühlten recht gut, dass sich die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht weg-

dekretieren ließ und dass, selbst wenn das möglich wäre, damit noch lange nicht ihre politischen Privilegien bedroht waren. Die preußischen Junker konnten zudem nichts Besseres wünschen, als dass sich der Marxismus von den direkten, politischen Reformforderungen der Gegenwart fern hielt. Denn um was sie bangten, das war nicht eine Einschränkung ihrer wirtschaftlichen, sondern ihrer politischen Vorrechte. Das erste Auftreten der Sozialisten hatte sie sehr beunruhigt. Nicht umsonst versuchte Bismarck die junge Arbeiterpartei mit Lassalles Hilfe in nationalistische Bahnen zu lenken, und, nachdem ihm dies misslungen war, durch sein Sozialistengesetz lahmzulegen. Nachdem aber die Junker sahen, dass die Sozialdemokratie mehr und mehr *nur* wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund stellte, begannen sie über den Zukunftstaa insgeheim zu lächeln und sich in ihren politischen Majoraten behaglicher denn je einzurichten.

Unter dem Druck des Sozialistengesetzes und der persönlichen antisozialistischen Propaganda Wilhelms II, war das politische Programm der deutschen Sozialdemokratie (zum Beispiel die Forderung der republikanischen Staatsform) mehr und mehr eine bloße Dekoration und Deklamation geworden. Sie erklärte die Verfassung und Politik eines Landes als im Grunde gleichgültig; sie hatte nur noch Augen und Ohren für die wirtschaftliche Lage des Proletariats und war glücklich, wenn ihr da und dort einige soziale Reformen glückten. Ja, die Führer der deutschen Arbeiterpartei verstiegen sich sogar zu der Behauptung, es sei einerlei, ob der Arbeiter im zaristischen, junkerlichen oder republikanischen Regime ausgebeutet werde, da das böse Kapital doch überall herrsche und die Ausbeutung folglich überall dieselbe arbeiterfeindliche Form zeige.

Verhängnisvoller Irrtum. Denn wenn es in der Tat gleichgültig ist, ob der Arbeiter von einem Großfürsten, einem Ostelbier oder einem republikanischen Industriellen ausgebeutet wird, so ist es beileibe nicht gleichgültig, welche politische Rechte er besitzt, wie die politische Verfassung des Landes aussieht in dem er lebt und wie sich die Regierenden seines Landes die Politik denken. Wenn die wirtschaftlichen Privilegien der Besitzenden in der Tat die Macht verleihen, den Mitmenschen auszubeuten, so verleihen eben die politischen Privilegien die Macht, ganze *Völker* zu missbrauchen.

Und für diese viel größere Gefahr hatten die deutschen Sozialisten kein Gefühl.

Indem der deutsche Sozialismus die Forderungen der bürgerlichen Demokratie als Luft behandelte (sogar Bebel hatte auf dem Amsterdamer Kongress 1905 den Franzosen erklärt, es sei gleich, ob der Arbeiter in einer Republik oder Monarchie lebe, die Republik der Franzosen sei nicht arbeiterfreundlicher als die preußische Monarchie), tat er den Junkern den größten Gefallen; denn er verurteilte sich mit dieser Theorie selbst zur politischen Ohnmacht. Deutschlands Verfassung blieb daher in ihrer ganzen Feudalität in Wirkung. Es bedrückte die deutschen Sozialisten wenig, dass unser Reichstag ja eigentlich nur die Karikatur eines Parlamentes ist, dass bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung von einer ‚Volks‘vertretung gar nicht die Rede sein kann, dass es in Deutschland nicht einmal eine Ministerverantwortlichkeit gibt, dass das Dreiklassenwahlrecht, die königliche Kommandogewalt über das Heer, die Fideikomnisse, das Musschristentum, die Soldatenmisshandlungen, der Vorrang des Adels und andere Überlebsel des Mittelalters nach wie vor die Grundpfeiler des preußischen Staates blieben. Dass es in Deutschland bis auf den heutigen Tag so recht keine Staatsbürgerwürde, keine Glaubens-, Gewissens-, Rede- und Versammlungsfreiheit gab, das alles bedrückte die Söhne der Marx und Engels nicht, denn sie hatten ja den schönen Trost, dass an dem Tage, an dem die böse kapitalistische Gesellschaftsordnung fallen würde, auch *alle* politischen Freiheiten mit einem Schlag aus der von ihnen gesäten antikapitalistischen Saat aufsprießen würden.

Eine im ganzen recht „gründliche“ Theorie, die einem aber, wenn man sie im Lichte des Weltkrieges betrachtet, ein bitteres Lächeln über die deutsche Naivetät abnötigt. Was in der Tat hat diese Klassenkampfbewegung in der Praxis erreicht? Mit seinem imposanten Theoriengebäude, seinen Gewerkschaften, Wahlvereinen, Zeitungen, Büchern, Kassen und Mitgliederbeständen war der Sozialismus zwar eine achtunggebietende Macht im Lande geworden; aber diese Macht blieb überall passiv, verneinend und vermöge ihrer politischen Teilnahmslosigkeit ein nach Belieben verwendbares Werkzeug in den Händen der Regierenden. Man glaubte die Welt zu revolutionieren und hatte nicht einmal die Gefahren einer autokratischen Staatsverfassung erkannt. Man war stolz auf einige

soziale Reformen, auf den zunehmenden Arbeiterschutz, den Ausbau des sozialen Versicherungswesens, die demokratische Verteilung der Steuerlasten usw. Aber trotz aller Wissenschaft, trotz Millionen von Wählern und Geldern konnte man in fünfundzwanzig Jahren (seit Bestehen des Erfurter Parteiprogramms) an den friedensgefährlichen Machtvollkommenheiten der preußischen Krone nicht einmal ein Komma ändern. Diese Machtvollkommenheiten (deren oberste der absolute Oberbefehl über die deutsche Armee ist) erschienen den Aposteln der Völker „befreiung“ gar nicht als Gefahren, sondern leider immer wieder als belanglose Anhängsel der bestehenden Gesellschaftsordnung.

So wurde Deutschland eines der ersten Industrieländer Europas, ein Modellstaat für soziale Gesetzgebung, Hygiene, Verwaltung und Disziplin. *Politisch* aber blieb es auf einem Niveau mit der Türkei und dem zaristischen Russland. Was nützte es, dass Deutschland die zahlreichste, best organisierte, reichste und intellektuellste Arbeiterpartei der Welt besaß, wenn diese Partei ganz auf den Klassenkampf eingeschworen war und die Forderungen der bürgerlichen Demokratie als Nebensachen behandelte? Dadurch, dass sie die politische Autokratie als notwendiges Produkt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behandelte, machte sie sich selbst (was die Beeinflussung der Politik des Landes anging) zur machtlosesten aller Arbeiterparteien der Welt. Es genügte, dass die Regierung des tausendmal vermaledeiten Klassenstaates den Alarmruf „Das Vaterland ist in Gefahr!“ ausstieß, und gehorsam kroch diese angeblich völkerbefreiende Sozialdemokratie in eine Hütte mit den Imperialisten und Pangermanisten.

Die Haltung sehr zahlreicher deutscher Sozialisten bei und seit Kriegsausbruch ist genügend Beweis für das Gesagte. Leute wie Lensch, Heine, Südekum, Legien, Hänisch und andere verteidigen heute nicht nur das ehemals so sehr geschmähte Vaterland, sondern sie haben sich auch als offenbare *Anhänger* der alldeutschen Ideen entpuppt. Zwar treten sie noch immer für die wirtschaftliche Emanzipation der Arbeiterklasse ein, aber sie proklamieren, dass das Schicksal der deutschen Nation an das Schicksal und die Machterweiterung des deutschen Kaisertums gebunden ist, das heißt: sie denken sich die wirtschaftliche Arbeiterrepublik von den despotischen und imperialistischen Formen der Junkermonarchie

umrahmt. Wirtschaftlicher Kollektivismus unter der politischen Aufsicht einer feudalen Autokratie! Ein kläglicherer Zusammenbruch der von Marx und Engels gelehrten Ideale ist kaum denkbar.

Ja, selbst diejenigen deutschen Sozialisten, die sich inzwischen wieder auf die Grundprinzipien des Sozialismus besonnen haben, sind deswegen noch lange nicht von ihrem Klassenkampfdogma abgekommen. Auf der ersten Zimmerwalder Konferenz, die 1916 hauptsächlich auf ihr Betreiben hin stattfand, definierten sie noch immer die Kriegsursachen wie folgt: „Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte, die Monarchen und die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmer-Organisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche, *sie* tragen das *Vollgewicht der Verantwortung* für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für *ihre* Interessen geführt wird.“

Das heisst also, dass auch diese „Unabhängigen“ den Krieg nicht etwa als Demokraten und Republikaner be- und verurteilen, sondern noch immer als Marxisten. Schuld am Kriege ist die bestehende Gesellschaftsordnung, das heisst also alle Welt. Und vom Kriege befreien kann uns nur die totale „Abschaffung“ dieser bösen Gesellschaftsordnung, das heisst also die universelle Revolution gegen das Kapital. Welch eigentümliche, den *wahren* Schuldigen höchst willkommene Auffassung!

Es scheint mir, dass, wenn die deutsche Sozialdemokratie noch eine Rolle in der Welt spielen will, sie diese absurde antikapitalistische Phrase wird fallen lassen müssen. Denn die Ursachen des Krieges sind zunächst einmal politischer und nicht wirtschaftlicher Art; wenn wir Deutschen überhaupt eine Revolution zu machen haben, dann nicht gegen die Rentner und Industriearbäuer, sondern *erst* gegen die Könige und Junker. Die bestehenden Systeme (Kapitalismus, Militarismus, Geheimdiplomatie usw.) mögen an der Vorbereitung des Krieges geholfen haben, aber *ausgelöst* wurde er *von* Menschen, die diese Systeme gemissbraucht haben; und geführt wird er nicht im Interesse einer Gesellschaftsordnung, sondern im Interesse eines *politischen Systems*, das in Gestalt einer deutschen Hegemonie auf die ganze Welt ausgedehnt werden sollte.

Wer diesen Krieg vom Standpunkt der „materialistischen Ge-

schichtsauffassung“ aus beurteilt, macht sich seine Aufgabe allzu bequem. Denn wenn ich zum Beispiel sage: Der Krieg wurde durch den Antagonismus der deutschen und englischen Kapitalisten entfacht, — dann darf ich sicher sein, dass mir die Herren in Potsdam gnädig zunicken und mir mit Freuden einen Reisepass nach Stockholm ausstellen, um die Erkenntnisse dieses „historischen Materialismus“ den Genossen aus Frankreich, England und Russland vorzutragen. Wie schön lässt sich die Kriegsnotwendigkeit nicht mit deutsch-englisch-französischen Handelsstatistiken beweisen. Wollten die vermaledeiten Großkapitalisten nicht mit Hilfe eines Krieges neue Absatzmärkte in Afrika und Patagonien erobern, die ihre Konkurrenten ihnen streitig machten? Wahrhaftig, die Leute, die am 5. und 29. Juli 1914 den Potsdamer Kronrat abhielten, *mussten* ja den Krieg beschließen, da sie gemäß der marxistischen Theorie nur die ausführenden Organe dieser alles beherrschenden kapitalistischen Profitgier waren. Unter diesen Voraussetzungen ist es dann gleichgültig, *wer* das Ultimatum an Serbien gestellt, wer die mehrfachen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, gewisse Depeschen unterschlagen, andere erfunden und die Völker unter erlogenen Vorwänden in einen „heiligen Verteidigungskrieg“ gehetzt hat. Der von den Offenbarungen der „materialistischen Geschichtsauffassung“ erleuchtete Sozialist betrachtet eine Untersuchung über diese Dinge als Kinkerlitzchen. Er allein erkennt die *Wurzeln* des Übels. Wir begreifen vollkommen, warum die Regierenden Deutschlands seit Kriegsausbruch plötzlich eine gewisse Freundschaft für die sozialistische Geschichts„wissenschaft“ empfanden, die Herrn Scheidemann zum Vertrauten des Herrn von Bethmann Hollweg gemacht hat.

Die deutsche Sozialdemokratie wird lernen müssen, was *Recht* im allgemeinen und Selbstbestimmungsrecht der Völker im besonderen ist. Sie hatte bisher von diesen Dingen keine Ahnung und hat sie hochmütig als „bürgerliche Ideologie“ belächelt. Seit fünfzig Jahren erzählte sie uns, dass der Feudalstaat nicht mehr existiere und dass heut die „Bourgeoisie“ über das Proletariat herrsche. Es gelte, der Bourgeoisie diese Herrschaft in einem unerbittlichen Klassenkampf zu entreißen, dann werde der Arbeiter mit der wirtschaftlichen *auch* zugleich alle politischen Freiheiten erobert haben. — Welch fabelhafter Unsinn in einem Land wie Deutschland! Denn in Deutschland *hat* ja die Bourgeoisie gar nicht ge-

herrscht: in Deutschland *war* ja die Feudalität gar nicht abgeschafft. Trotz aller demokratischen Fassaden war Deutschlands gesamte Regierung und Verfassung durch und durch feudal geblieben; weder die Bürger- noch die Arbeiterklasse hatten den geringsten Einfluss auf die Außenpolitik der preußischen Krone. Sonst wären deutscherseits die Haager Konferenzen nicht abgelehnt, die Krügerdepesche nicht abgesandt, das *Daily Telegraph* Interview nicht gegeben, die Herausforderungen von Tanger und Agadir usw. nicht begangen worden. Alle diese Vorkommnisse (die recht eigentlich die Bausteine der famosen „Einkreisung“ waren) liefen den Interessen der deutschen *Bourgeoisie* schnurstracks *zuwider* und entsprangen ganz persönlichen Initiativen.

Die ebenso kindliche als bequeme Behauptung, dass die politischen Staatseinrichtungen jeweils durch die Wirtschaftsformen bestimmt werden (und dass folglich der Hauptkampf gegen diese geführt werden müsse) ist hoffentlich mit diesem Weltkrieg ad absurdum geführt worden. *Erst* die Demokratie, *dann* der Sozialismus! Erst die Regierung des Volkes durch das Volk (deren Basis der Oberbefehl des Volksparlamentes über die bewaffnete Macht des Landes sein muss), dann der Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung des Armen durch den Reichen. Die deutsche Sozialdemokratie lehrte es umgekehrt und *das* war (wie Jaurès schon auf dem Amsterdamer Kongress 1905 sehr richtig prophezeite) das Verhängnis Europas.

Wenn die Stunde der Abrechnung schlägt, dann wird die deutsche Arbeiterschaft auch jene zur Rechenschaft ziehen, die mit den schönen Worten der Freiheit und Brüderlichkeit der fürchterlichsten Reaktion Vorspann leisteten, die je ein Volk erlebt hat. — Fünfzig Jahre sozialistischer Wissenschaft und Arbeit sind mit diesem Weltkrieg kläglich zusammengebrochen. Nach diesem Kriege brauchen wir einen ganz, ganz anderen Sozialismus. Nämlich jenen Sozialismus unserer Väter, dessen erste Forderung die politische (nicht die wirtschaftliche) Emanzipation des *Volkes* (und nicht *nur* des Arbeiters) ist.

ZÜRICH

HERMANN FERNAU

